

# Medienspiegel Woche 26 / 2016



<b>St. Gallen / HarmoS / Bildungsdepartement / Löhne / Maturaquote / Informatik / Bühler Sina</b> Tagblatt, 27. Juni 2016	
<b><u>Viele Baustellen in der Bildung</u></b>	<b>1</b>
SRF Rendez-vous, 23.6.2016	
<b><u>„Grossbaustelle“ Schule</u></b>	<b>2</b>
<b>Frühfremdsprachen / Berset Alain / EDK / Sprachenkonzept / Thurgau / Initiativen</b> SRF, 28.6.2016	
<b><u>Kantone wehren sich im Sprachenstreit</u></b>	<b>3</b>
<b>David Singleton / Pfenninger Simone / Frühfremdsprachen / Studie</b> Schule Schweiz, 29. Juni 2016	
<b><u>Wichtige Forschungsergebnisse nicht mit unqualifizierten Kommentaren abtun</u></b>	<b>4</b>
<b>Fremdsprachen / PH / Zentralschweiz</b> SRF Regionaljournal Zentralschweiz, 29. Juni 2016	
<b><u>Je ne comprends pas: PH-Absolventen scheitern an Fremdsprachen</u></b>	<b>5</b>
<b>Thurgau / Lehrplan / Vernehmlassung / Französisch / Berufswahl</b> SRF 1, Regionaljournal Ostschweiz, 28. Juni 2016	
<b><u>Alle wollen beim Thurgauer Lehrplan 21 mitreden</u></b>	<b>6</b>
<b>Internet / Merz Thomas / Medienpädagogik / Missbrauch</b> Tagblatt, 28. Juni 2016	
<b><u>«Nicht unbegleitet einsteigen»</u></b>	<b>7</b>
<b>Change Management / Buschor Ernst / EDK / OECD / Einführung / Psychotechniken / Mendelin Markus / Schulleitung / Bildungsverständnis / totalitäre Methoden / Demokratie</b> Ivb.inform, 2015/2016-04	
<b><u>Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt</u></b>	<b>9</b>
<b>Aargau / Initiativen / Grosser Rat / Kompetenzen / Kosten</b> az, 30.6.2016	
<b><u>Initiativkomitee will im Zweifelsfall bis vor Gericht gehen</u></b>	<b>10</b>
Komitee «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21», 28.6.2016 <b>Pressemitteilung zur Debatte im Grossen Rat 28. Juni 2016</b>	
<b>Lehrer / Ausbildung / Bern</b> Berner Zeitung, 01.07.2016	
<b><u>Lehrer: Quereinsteiger sind zufriedener</u></b>	<b>11</b>
<b>Autorität / Eymann Christoph / Rüegg Martin / Gericht</b> bz, 1.7.2016	
<b><u>Nach Urteil: Den Anwälten von Eltern werden Tür und Tor geöffnet</u></b>	<b>13</b>
<b>Leserbriefe</b> Südostschweiz, 01.07.2016	
<b><u>Das Ende der Hände? - Fehlende Lernende</u></b>	<b>15</b>
<b><u>Leserbrief zum Artikel in der „Schweiz am Sonntag“</u></b>	<b>16</b>

Tagblatt, 27. Juni 2016

## Viele Baustellen in der Bildung

**Vom neuen Lehrplan über die Organisation der Fachhochschulen bis zum Medical Master: Im Bildungswesen des Kantons St. Gallen stehen grosse Veränderungen bevor. Die meisten werden auf politischer Ebene kontrovers diskutiert.**

SINA BÜHLER

ST. GALLEN. Die einen finden, der Kanton gebe zu viel für die Schulen aus, für die anderen ist es viel zu wenig. Die nackten Zahlen sagen folgendes: Im Jahr 2016 bezahlt St. Gallen 564 Millionen Franken für die Bildung. Nebst dem Gesundheitswesen ist dies jener Bereich, in dem die Ausgaben am stärksten steigen. Laut Bundesamt für Statistik sind die Ausgaben im Kanton ohnehin hoch: Nach Freiburg gibt St. Gallen schweizweit am meisten dafür aus, nämlich 30,2 Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben. Allerdings stammen diese Zahlen von 2013 – und die verschiedenen Sparpakete der vergangenen Jahre betrafen auch immer wieder die Schulen. Diese Entwicklung ist noch nicht vorbei: Eine Umfrage des Lehrerdachverbandes (LCH) kam im November 2015 zum Schluss, dass der Kanton in den nächsten Jahre Einsparungen von mindestens 13 Millionen plant. Und auch organisatorisch und inhaltlich ist im Bildungswesen vieles im Gange, einiges davon ist umstritten.

### ***Einsteiger im Kanton behalten***

- **Löhne:** Damit Junglehrerinnen und -lehrer nach Abschluss ihrer Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule nicht in besser zahlende Kantone ziehen, hebt der Kanton auf das kommende Schuljahr den Einstiegslohn für Kindergarten- und Primarschul-Lehrkräfte um zwei Stufen an. Bisher wurde bei den Löhnen gespart: So lehnte der Kantonsrat kürzlich eine bereits versprochene Lohnerhöhung von einem Prozent für das Staatspersonal ab.

- **HarmoS:** Im September kommt eine Initiative vor das Volk, die den Austritt aus dem HarmoS-Konkordat verlangt. 2008 hatten die St. Galler über den Beitritt zum Konkordat abgestimmt – die Vorlage wurde knapp angenommen. Eigentlich wollen sich die Initiantinnen und Initianten gegen die Einführung des Lehrplans 21 wehren. Weil dieser aber Bestandteil der interkantonalen Vereinbarung ist, müssen sie den Umweg gehen. Der Kantonsrat hat sich im April klar gegen die Initiative ausgesprochen.

- **Lehrplan 21:** Der neue, für die ganze Deutschschweiz harmonisierte Lehrplan soll auf das Schuljahr 2017/2018 in Kraft treten. Die Autonomie der Kantone und Gemeinden wird damit zwar eingeschränkt, die Stundentafeln können in einem gewissen Rahmen aber weiterhin selbstständig bestimmt werden. Die Gegner des neuen Lehrplans kritisieren unter anderem, dass an der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet werden: Der Französischunterricht überfordere die Kinder. Die zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe sind aber keine Neuerung des harmonisierten Lehrplanes, sondern bereits seit 2008 Tatsache.

### ***Kampagne für Gymnasien***

- **Maturaquote:** St. Gallen hat im nationalen Vergleich eine äusserst tiefe Quote von gymnasialen Maturanden: Sie liegt bei 14 Prozent. Der Schweizer Durchschnitt beträgt 20 Prozent. Die Regierung will die Situation mit einer Informationskampagne verbessern, ohne eine Zielquote festzulegen. Im Parlament wurde der entsprechende Bericht im Juni als «strategielos» kritisiert, zusätz-

lich Geld dafür ausgeben wollte die Mehrheit aber nicht. Ein Antrag der SVP, die ganze Kampagne zu streichen, scheiterte nur sehr knapp.

### **Neue Fachhochschul-Modelle**

- Fachhochschulen: Die Struktur der Ostschweizer Fachhochschulen muss neu organisiert werden, damit sie bis 2022 an das eidgenössische Gesetz angepasst und vom Bundesrat genehmigt werden kann. Dabei geht es um die Standorte St. Gallen, Buchs und Rapperswil. Der Kantonsrat verlangte schon vor acht Jahren, dass verschiedene Modelle geprüft werden. Bildungsdirektor Stefan Kölliker bevorzugte und verfolgte ein zentralisiertes Modell. In der Junisession wurde er vom Parlament zurückgepfiffen. Nun muss das Bildungsdepartement drei verschiedene Organisationsmodelle auf deren Vor- und Nachteile analysieren.

### **Informatik wird forciert**

- Neue Studiengänge: Um den Mangel an Fachkräften zu entschärfen, stärkt der Kanton die Informatikausbildung. Ab 2017 gibt es in St. Gallen, Buchs und Rapperswil-Jona neue Informatikmittelschulen, in St. Gallen und Rapperswil werden die entsprechenden Lehrgänge an den Fachhochschulen gestärkt. Ebenfalls auf 2017 geplant ist die Einführung eines Architekturstudiums an der FHS St. Gallen.

Etwas länger wird es dauern, bis der Medical Master steht: Ab Herbst 2020 sollen 40 Medizinstudentinnen und -studenten am Kantonsspital St. Gallen ausgebildet werden können. Ob das Projekt tatsächlich zustande kommt, ist aber noch unklar, denn die Konkurrenz ist gross. Anfang 2017 will der Schweizerische Hochschulrat entscheiden, welche Kantone den Zuschlag und damit eine Anschubfinanzierung erhalten.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Viele-Baustellen-in-der-Bildung;art120094,4670956>

SRF Rendez-vous, 23.6.2016

## **„Grossbaustelle“ Schule**

von Christian von Burg



Gleiche Bildungsziele, gleiches Einschulungsalter, gleich lange Schulzeit: Vor zehn Jahren hat das Schweizer Stimmvolk der Harmonisierung der Schule zugestimmt. Seither jagt eine Reform die andere.

Und innerhalb der Lehrerschaft haben sich Gräben aufgetan - zwischen jenen, die den neuen Weg schätzen und jenen, die ihn kritisieren. Ein Schulbesuch im Kanton Baselland.

<http://www.srf.ch/play/radio/rendez-vous/audio/grossbaustelle-schule?id=2b22c8e6-f553-43ef-955d-6fbff4698738>

SRF, 28.6.2016

## **Kantone wehren sich im Sprachenstreit**

**Dass einzelne Kantone Frühfranzösisch aus dem Lehrplan verbannen wollen, ist Innenminister Berset ein Dorn im Auge. Nun mahnt die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren vor einer Intervention durch den Bund.**

In einem Brief an Innenminister Alain Berset mahnt die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), eine Intervention durch den Bund in der Sprachenfrage bringe «erhebliche Risiken». Sie plädiert daher für «Sachlichkeit und Gelassenheit» in der laufenden Diskussion.

Nach Ansicht der EDK sind die Kantone auf gutem Weg. Die Kantone hätten gezeigt, dass sie willens und in der Lage seien, den Harmonisierungsauftrag der Bundesverfassung zu erfüllen, heisst es im auf der EDK-Webseite veröffentlichten [Brief](#).

### ***EDK will weiter zwei Fremdsprachen***

Alle Kantone seien bestrebt, im Unterricht der Landessprachen eine hohe Qualität zu erreichen. Die EDK halte an ihrer Sprachenstrategie fest, stellt sie einmal mehr klar. Diese sieht vor, dass in der Primarschule zwei Fremdsprachen gelehrt werden sollen. In mehreren Kantonen wird diese Strategie allerdings in Frage gestellt.

Innenminister Berset hatte wiederholt betont, dass der Bund ein Machtwort sprechen würde, sollte ein Kanton definitiv beschliessen, eine zweite Landessprache nicht in der Primarschule zu unterrichten. In einem Brief an die EDK schrieb er Anfang März, angesichts der Bestrebungen in verschiedenen Deutschschweizer Kantonen scheine das Ziel einer Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichts «konkret gefährdet» zu sein.

### ***Berset macht Druck***

Die Anzeichen verdichteten sich, dass der Zeitpunkt für ein Eingreifen näher gerückt sei, hiess es weiter. Berset hat dem Bundesamt für Kultur (BAK) daher bereits den Auftrag erteilt, eine Vernehmlassungsvorlage zu einer entsprechenden Änderung des Sprachengesetzes vorzubereiten.

Diese Arbeiten sind noch im Gange, wie es beim Innendepartement (EDI) hiess. Den Brief der EDK habe man erhalten. Ob sich der Bund von den Argumenten der EDK überzeugen lässt, ist noch offen: Man werde das Schreiben nun analysieren, hiess es lediglich.

### ***Thurgau goss Öl ins Feuer***

Der Sprachenstreit schwelt bereits seit längerem. Angeheizt wurde er zuletzt durch den Kanton Thurgau: Die Regierung schickte im Frühling den neuen Lehrplan der Volksschule in die Vernehmlassung, der keinen Französischunterricht in der in der Primarschule mehr vorsieht.

In den Kantonen Zürich und Luzern sind entsprechende Initiativen hängig. Zudem hat der Kanton Glarus beschlossen, Französisch in der Real- und Oberschule nur als Wahlfach anzubieten. Vor allem in der Westschweiz ist die Empörung über diese Entwicklungen gross.

SRF 4 News, 23.6.16, 12:30 Uhr; sda/schp; fref

Schule Schweiz, 29. Juni 2016

## Wichtige Forschungsergebnisse nicht mit unqualifizierten Kommentaren abtun

Dies ist eine Reaktion auf Ihren [Artikel „Die Vermessung der Bildung“, der in der heutigen Ausgabe der Neuen Zürcher Zeitung erschienen ist](#). Ich glaube, meine beinahe dreissigjährige Tätigkeit in der Altersforschung zum Zweitspracherwerb befähigt mich, zu Ihren Aussagen und Beschreibungen Stellung zu beziehen.

### Leserbrief NZZ, 29.6. von David Singleton

Zuerst einmal möchte ich betonen, dass in der psycholinguistischen und neurolinguistischen Forschung seit Jahrzehnten keine fundierten Erkenntnisse existieren, welche auf langfristige Erfolge beim frühen Fremdsprachenlernen hinweisen. Ganz im Gegenteil schneiden spätere Lernende auf lange Sicht gesehen konstant gleich gut ab, und zwar in Bezug auf Lerngeschwindigkeit wie auch in Bezug auf Endstand (auf die vielen Gründe dafür kann ich hier aus Platzgründen nicht eingehen). Dementsprechend decken sich Dr. Pfenningers Ergebnisse zu 100% mit denjenigen anderer grosser europäischer Studien.

Was die Qualität von Dr. Pfenningers Arbeit anbelangt: Es sollte hier doch angefügt werden, dass die Gruppe von „Experten“, die Sie im Artikel erwähnen, in keiner Weise auf Dr. Pfenningers Langzeitstudie Bezug genommen hat, deren Datenerhebung notabene erst 2015 abgeschlossen wurde (also 1.5 Jahre nach der Datenerhebung der dänischen CORECHED-Studie). Die Autoren dieser Studie beziehen sich lediglich auf zwei „Snapshot“-Artikel, welche zwar ebenfalls in angesehenen Mehrsprachigkeitszeitschriften erscheinen sind und auf grosse internationale Resonanz gestossen sind, aber keine direkte Relevanz zur Langzeitstudie und der darin behandelnden Themen haben. In Forschungskreisen herrscht allgemeine Einigkeit darüber, dass Pfenningers Langzeitstudie inhaltlich und methodologisch einwandfrei und von exzellenter Qualität ist.

Die Aarhus-"Studie" kommt übrigens zu folgendem Schluss:

“Findings from the studies included in the theme “Impact of age/early introduction to foreign language instruction in school” seem to indicate that late starters in most cases outperform early starters in regards to third language proficiency when the amount of instruction time is held constant. This gap does not appear to close within the short/medium term, although it might disappear in the long term.” (152-153).

Dr. Pfenningers Kommentar am Schluss («Wir brauchen endlich eine sachliche und keine ideologische Debatte über das Thema») können wir als Forscher mit allem Nachdruck unterstützen. Es ist unerlässlich, einen sachlichen Dialog zu führen und wichtige Forschungsergebnisse nicht einfach mit unqualifizierten Kommentaren abzutun.

Prof. Dr. David Singleton, Fellow Emeritus, Trinity College, University of Dublin

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/06/wichtige-forschungsergebnisse-nicht-mit.html>

SRF Regionaljournal Zentralschweiz, 29. Juni 2016

## **Je ne comprends pas: PH-Absolventen scheitern an Fremdsprachen**

Wer Primarlehrerin oder -lehrer werden möchte, muss in mindestens einer Fremdsprache sattelfest sein: Französisch oder Englisch stehen in der Zentralschweiz zur Auswahl. Nur: Viele Studierende scheitern an dieser Vorgabe, dieses Jahr erhält rund ein Drittel deswegen noch kein Lehrer-Diplom.

Wer auf Primarstufe unterrichten will, muss einerseits didaktische Fähigkeiten besitzen, andererseits muss ein breites Wissen vorhanden sein. In mindestens einer Fremdsprache muss zudem ein Sprachaufenthalt gemacht und eine Prüfung an einer externen Sprachschule absolviert werden - dann gibt es als Zeugnis ein Sprachdiplom.

Dieses Sprachdiplom fehlt dieses Jahr vielen Studierenden. Rund ein Drittel muss es noch nachholen. Die Gründe dafür seien vielfältig, erklärt der Leiter des Studiengangs Primarstufe an der Pädagogischen Hochschule Luzern, Michael Fuchs: «Wir informieren die Studierenden mehrmals, dass sie sich um das Sprachdiplom kümmern müssen. Es gibt auch einige, die nicht wirklich zielorientiert arbeiten und es vor sich her schieben». Französisch oder Englisch zu beherrschen, sei aber wichtig, betont Michael Fuchs.

### ***Die Hochschulen ergreifen Massnahmen***

Da rund ein Drittel dieses Jahr die Hürde nicht geschafft hat, ergreifen die PH's in Zug, Luzern und Schwyz nun Massnahmen. Wenn die Sprachprüfung einmal ganz knapp nicht bestanden wurde, kann man sie intern nachholen. Die interne Prüfung unterscheidet sich von der externen dadurch, dass die mündlichen Fähigkeiten stärker ins Gewicht fallen.

Unterrichten kann jemand auch ohne das Sprachdiplom, [allerdings an den meisten Schulen mit befristetem Arbeitsvertrag](#). Irgendwann muss eine Lehrperson also sattelfest sein in Französisch oder Englisch.

<http://www.srf.ch/news/regional/zentralschweiz/je-ne-comprends-pas-ph-absolventen-scheitern-an-fremdsprachen>

SRF 1, Regionaljournal Ostschweiz, 28. Juni 2016

## Alle wollen beim Thurgauer Lehrplan 21 mitreden

Dieser Tage endet im Thurgau die Vernehmlassungsfrist zum Lehrplan 21. Schon vor Abschluss der Frist zeigt sich: Es wird zahlreiche Rückmeldungen geben. Auch die Wirtschaftsverbände äussern sich.

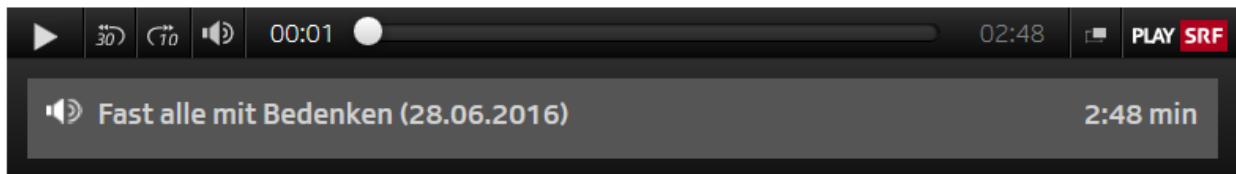
Die Thurgauer Regierung hat den Lehrplan 21 – den Lehrplan Volksschule Thurgau – in die Vernehmlassung geschickt. Dieser sieht vor, dass die Kinder ab Mitte 2018 nicht mehr in der Primarschule Französisch lernen, sondern erst in der Oberstufe. Das Kantonsparlament hatte diese Verschiebung beschlossen.

### *Auswirkungen auf den Berufsnachwuchs*

Auch wenn die Frist erst am 30. Juni abläuft, zeigt sich schon jetzt, dass es viele Rückmeldungen auf den neuen Lehrplan geben wird. Nebst den Lehrerverbänden und den politischen Parteien äussern sich auch die Wirtschaftsverbände zur Vorlage. Die IHK Thurgau befürchtet beispielsweise, dass die Verschiebung des Französischunterrichts Auswirkungen auf den Berufsnachwuchs haben wird. «Den Schülern bleibt zu wenig Zeit für die Berufswahl», so Peter Maag, Direktor der IHK Thurgau.

### *Eine Lektion weniger*

Kritik gibt es auch vom Lehrerverband «Bildung Thurgau». Zwar sei es unterstützenswert, den Französischunterricht von der Primarschule auf die Oberstufe zu konzentrieren, es benötige aber eine Lektion weniger. Das Lernziel sei auch so zu erreichen, so Anne Varrene, Präsidentin von Bildung Thurgau.



<http://www.srf.ch/news/regional/ostschweiz/alle-wollen-beim-thurgauer-lehrplan-21-mitreden>

Tagblatt, 28. Juni 2016

## «Nicht unbegleitet einsteigen»

**Der 12jährige Paul aus Gunzgen ist mit einem Internet-Spiel in die Wohnung eines 35jährigen Deutschen gelockt worden. Der Thurgauer Medienpädagoge Thomas Merz zeigt auf, wie man Kinder schützen sollte.**

BRUNO KNELLWOLF

Der Sohn spielt «Minecraft»? Kein Problem, werden viele Eltern sagen – vielleicht war das auch bei den Eltern des 12jährigen Paul aus Gunzgen so, der vorgestern eine Woche nach seinem Verschwinden in Düsseldorf gefunden worden ist. In einer Wohnung eines 35jährigen Deutschen, den der Knabe in einem Internet-Spiel kennengelernt hat.

Noch ist von den staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht viel bekannt – auch nicht, ob es sich wirklich um «Minecraft» gehandelt hat. Auf jeden Fall wird gegen den 35-Jährigen wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und des Besitzes kinderpornographischer Schriften ermittelt. Der 12-Jährige soll sein Verschwinden aus dem Elternhaus schon seit Wochen geplant haben. Ob der Deutsche Paul im Chat getäuscht hat und sich als Kind ausgegeben hat, um den Knaben nach Düsseldorf zu locken, ist noch nicht klar. Es zeigt aber eine Problematik digitaler, virtueller Welten, die gerade Kindern grosse Schwierigkeiten machen kann.

### ***Jede Täuschung ist möglich***

Am anderen Bildschirm muss nicht der sitzen, den das Kind dort erwartet. Die globale Vernetzung lässt jede Täuschung zu. Vieles im Internet kommt harmlos daher. Vor allem Spiele-Apps auf mobilen Geräten rauben den Kindern heute die meiste Zeit und sind zudem Kosten- und Datenfallen. Diese Spiele-Apps werden zudem auch mit sozialen Netzwerken wie Facebook verknüpft. Die Minispiele funktionieren sehr einfach und bieten sogenannte «Flow- und Frustrerlebnisse» in schnellem Wechsel. Genau das macht sie zu Zeitfressern. Gelockt werden die Spieler über Bonusgeschenke, Zusatzlevels und Highscores.

### ***Nicht selber herunterladen***

Der Medienratgeber für Familien «Schau hin!» rät Eltern deshalb, sich die Apps und Spiele genau anzusehen, mit denen sich das Kind im eigenen Zimmer versteckt. Demnach sollte der Download bei Kindern bis zwölf Jahren in der Hand der Eltern bleiben. Und damit Kinder die Apps und Games nicht selbständig herunterladen, empfehlen die Experten, den Zugang zum App-Store mit einem Passwort zu schützen.

### ***Push-Meldungen ausschalten***

Damit das Kind nicht laufend wieder mit einem Spiel konfrontiert wird, sollte bei der Installation des Games darauf geachtet werden, dass nicht automatisch Push-Meldungen durchgehen. Denn nur dann bleibt das Smartphone vielleicht mal in Ruhe neben dem Pult liegen. «Viele Spiele-Apps fordern dazu auf, sich über soziale Netzwerke mit dem Spiel zu verbinden, um Freunde für das Spiel zu gewinnen und locken mit Belohnungen», schreibt der Medienratgeber. Doch das sei nicht zu empfehlen, da die App dann auch Zugriffe auf persönliche Daten und die Freundesliste des Profils habe und Spielinformationen oder andere Werbebotschaften im eigenen Namen verbreite, die andere störten.



Und da wären wir wieder bei Paul: Viele solcher Apps bieten integrierte Chats, in denen sich Spieler mit anderen unterhalten können. Diese Chats seien für jüngere Kinder auszuschalten, da sie wie im Fall Paul gesehen, mit Risiken verbunden seien.

Ist das Kind aber älter als zwölf Jahre, will man dem Sohn oder der Tochter auch ein gewisses Vertrauen entgegenbringen. Übergrosse Vorsicht kann auch kontraproduktiv wirken und das Verbotene noch interessanter machen. «Schau hin!» rät Eltern, sich den Chat und den Umgangston anzuschauen, um einzuschätzen, ob das Kind reif genug dafür ist.

Für Thomas Merz, Medienpädagoge an der Pädagogischen Hochschule Thurgau, ist das Risiko umso höher, je jünger die Schülerinnen und Schüler sind, die sich im Internet bewegen. «Da ist es sehr wichtig, dass Schülerinnen und Schüler nicht unbegleitet ins Internet einsteigen, sondern dass sie in Schule und Elternhaus Unterstützung erhalten», sagt Merz. «Ebenfalls höher ist das Risiko, wenn Kinder wenig betreut sind, wenn sie sich einsam oder ausgeschlossen fühlen. Ganz ausgeschlossen werden können solche Risiken aber nie.» Das Thema betreffe deshalb alle Eltern.

Der Medienpädagoge rät den Eltern deshalb, regelmässig mit ihren Kindern im Gespräch zu bleiben und damit eine vertrauensvolle Erziehungsatmosphäre zu gewährleisten. «Dazu gehören nicht nur Gespräche über die Mediennutzung, sondern letztlich über alle Themen, die Schülerinnen und Schüler im Verlauf ihrer Entwicklung beschäftigen», erklärt Merz.

Medienthemen gehörten aber dazu, besonders beim Einstieg in ein neues Medium. «Ich rate Eltern oft, gewissermassen Verträge abzuschliessen: Du darfst ein Spiel spielen – aber ich möchte beim Einstieg mit dabei sein. Ich möchte dir hin und wieder über die Schultern gucken – und wir reden darüber», sagt Merz.

### ***Eiserne Regeln***

Zu diesem Nutzungsvertrag gehörten eiserne Regeln: «Keine echten Namen, keine Angaben über Wohnort, Schule usw., auf keinen Fall Kontakt mit jemandem knüpfen, von dem die Eltern nichts wissen.» Und auch: «Komm zu uns, wenn dir etwas merkwürdig vorkommt.» Ganz ausschliessen könne man die Risiken nicht, wenn Kinder unbeaufsichtigt im Netz spielen oder surfen. Aber mit solchen Massnahmen könne man das Risiko senken, sagt Thomas Merz.

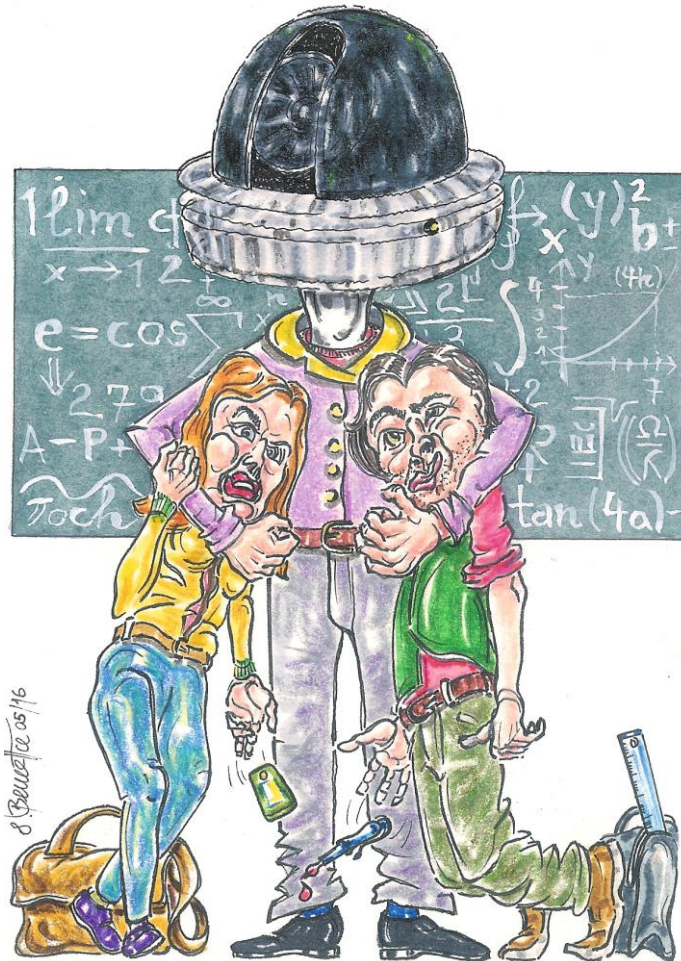
<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/panorama/panorama/Nicht-unbegleitet-einsteigen;art253654,4672063>

lvb.inform, 2015/2016-04

## Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt

Illegitime Führungstechniken des Change Managements

[LVB 1516-04](#)



### Change-Management im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplanes 21

[Präsentationsfolien Markus Mendelin, 8. Januar 2014](#)

### Change Management

[Seeblick, 29. 4. 2016](#)

### Classroom Walkthrough: Neues Führungsinstrument für Schulleiter

[Schule Schweiz, 21. September 2015](#)

### Kompetenzmanager: Die Vermessung des Pädagogen

[NZZ, 27.12.2015](#)

Aargauer Zeitung, 30.6.2016

## Initiativkomitee will im Zweifelsfall bis vor Gericht gehen

**Der Grosse Rat hat am Dienstag die Volksinitiative «Ja zu einer guten Bildung - Nein zum Lehrplan 21» abgelehnt. Nun meldet sich das Initiativkomitee mit harter Kritik an Fraktionen, Regierung und Lehrerverband zu Wort.**

Das Initiativkomitee zeigt sich nicht überrascht, dass seine Initiative im Grossen Rat wenig Chancen erhielt. [Aufgrund der Abstimmung gestern Dienstag im Grossen Rat](#) führen die Befürworter der Initiative ihre wichtigsten Argumente in einer Medienmitteilung nochmals auf und macht Vorwürfe.

Die Regierung soll im Vorfeld "unrichtige und aus der Luft gegriffene Behauptungen" verbreitet haben, heisst es in einer Pressemitteilung des Initiativkomitees. Mit dem Lehrplan 21 werde keine landesweite Harmonisierung erreicht. So lassen sich Lernziele kaum vergleichen, wenn sie neu auf drei Jahre statt wie bisher auf ein Jahr verteilt werden. Ebenso müsste eine einheitliche Fremdsprachenregelung gewährleistet sein, findet das Initiativkomitee. Nicht zuletzt führe auch der Widerstand in den Kantonen zu einzelnen Abweichungen des Lehrplans, wie es kürzlich in Baselland mit der Forderung nach einem Verzicht auf Sammelfächer geschah.

### **«Lehrer werden zu stummen Kopfnickern degradiert»**

Das Initiativkomitee betont, dass eine breite Debatte wünschenswert gewesen wäre, um eine Harmonisierung zu erreichen. Diese wurde allerdings von der Erziehungsdirektorenkonferenz unterdrückt.

Das Initiativkomitee ärgert sich über die angefragten Grossrats-Fraktionen. Offenbar war keine bereit, mit den Initianten zu sprechen. Den Lehrerverband wiederum kritisiert das Komitee, dieser habe jegliche kritische Äusserung zum Lehrplan 21 im Schulblatt verboten.

Fächer oder Kompetenzen: Zu dieser Grundsatzfrage rund um den Lehrplan 21 schreiben die Initianten: Fächer sollen teilweise durch Kompetenzen ersetzt werden, die nirgends so richtig einzuordnen seien. "Die sogenannten Sammelfächer haben mehr mit modischer Gesellschaftspolitik als mit dem humanistischen Gesellschaftsbegriff zu tun. Doch genau dieser Begriff ist noch immer gesetzlicher Auftrag an unser Bildungswesen."

Die Initianten räumen ein, dass kompetenzorientierter Unterricht in der Berufsbildung durchaus Sinn mache, in der Volksschule liege der Schwerpunkt aber auf Bildung. Der von der Initiative vorgeschlagene Fächerkanon soll dies garantieren. Beispielsweise sei Informatik das einzige wirklich neue Fach seit den letzten 30 Jahren.

### **30 Millionen für Lehrplan 21?**

Ein weiteres Argument der Initiativgegner beinhaltet die regierungsrätliche Drohung, dass die Initiative bedeutende Mehrkosten für den Kanton und die Gemeinden verursache. Die Initianten behaupten, es wäre das erste Mal, dass eine derart fundamentale Reform einer Staatsaufgabe wie der Lehrplan 21 billiger zu stehen käme als eine schrittweise Adaption der heutigen Schule an neue Verhältnisse.

Bisher kostete der Lehrplan 21 die betroffenen Kantone 30 Millionen Franken. Die Erstellung neuer Lehrmittel, die Umschulung tausender Lehrpersonen, die Kosten interner und externer Evaluationen, Investitionen in neue Bauten zwecks Bereitstellung "neuer Lernumgebungen" und vieles mehr. Diese Kosten wurden nirgends ausgewiesen.

### **Juristische Schritte?**

Die Absicht der Regierung, den Lehrplan 21 ohne Rücksicht auf den Ausgang der Volksabstimmung über die Initiative einzuführen, stösst auf harte Kritik bei den Initianten. Die Regierung missachte den Volkswillen und setze auf "sture Machtpolitik". Das Komitee werde nicht zögern, den Regierungsrat vor Verwaltungsgericht zu zitieren, sollte die Regierung den Lehrplan "ohne Rücksicht auf den Ausgang der Volksabstimmung über die Initiative einführen".

<http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/nach-der-niederlage-im-grossen-rat-initiativkomitee-gibt-nicht-auf-130390585>

---

Komitee «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21», 28.6.2016

## **Pressemitteilung zur Debatte im Grossen Rat 28. Juni 2016**

[Pressemitteilung des Initiativkomitees im Nachgang zur Behandlung der Initiative im Grossen Rat am 28.06.2016](#)

Berner Zeitung, 01.07.2016

## **Lehrer: Quereinsteiger sind zufriedener**

**Belastbarer, zufriedener und mit realistischeren Vorstellungen vom Berufsalltag: Gemäss einer Studie der Pädagogischen Hochschule Bern sind Quereinsteiger die besseren Lehrer.**

Marius Aschwanden

In den nächsten fünf Jahren werden im Kanton Bern massiv mehr Lehrer pensioniert als heute. - Dazu, dem dadurch drohenden Lehrermangel entgegenzuwirken, müssen entweder die verbleibenden Lehrer ihre Pensen erhöhen oder mehr Lehrer ausgebildet werden.

Immer häufiger werden an der Pädagogischen Hochschule (PH) Bern deshalb auch Quereinsteiger, die bereits einen Beruf erlernt haben, für die Arbeit im Klassenzimmer fit gemacht. Zahlen für die gesamte PH existieren zwar nicht. Aber am Institut für Vorschulstufe und Primarstufe beispielsweise haben rund ein Fünftel der Studierenden vorgängig bereits einen Beruf erlernt.

### **Besser gewappnet**

Wie eine Studie der PH nun zeigt, sind solche Lehrer sogar besser gewappnet für ihre künftige Arbeit an den Schulen als ihre Kollegen, die direkt nach dem Gymnasium oder einer anderen Hochschule an der PH studieren.

Zwar sind 70 Prozent der Lehrkräfte sowohl mit als auch ohne vorherige Berufserfahrung nach sieben bis zehn Jahren noch an der Volksschule tätig. Personen, die auf dem zweiten Bildungsweg Lehrer werden, sind aber nicht nur zufriedener, sie fühlen sich gemäss der Studie durch Elterngespräche oder das Unterrichten auch weniger belastet als ihre Kollegen.

### **Verschiedene Gründe**

Gemäss Studienleiterin Catherine Bauer vom Institut für Forschung, Entwicklung und Evaluation der PH hat dies verschiedene Gründe: «Einerseits hängt das mit dem höheren Alter sowie der Berufs- und Lebenserfahrung zusammen», sagt sie. So würden viele Quereinsteiger von Fach- und Methodenwissen sowie Kommunikationsfähigkeiten aus ihren früheren Tätigkeiten profitieren.

Andererseits investierten Quereinsteiger auch mehr Zeit und Aufwand in die Lehrerausbildung, da sie häufig auch noch einen Vorkurs vor der Aufnahmeprüfung machen. «Das führt zu einer zusätzlichen Selektion, die beim normalen Ausbildungsweg nicht stattfindet», sagt Bauer.

### **Mehr Männer als Frauen**

Keine abschliessende Erklärung hat Bauer hingegen für die Tatsache, dass bei den Quereinsteigern – anders als im normalen PH-Studium – mit 60 Prozent die Männer dominieren. «Möglicherweise trauen sich Männer eher einen Berufswechsel zu als Frauen», spekuliert Bauer.

Nicht zuletzt deshalb seien die Quereinsteiger eine attraktive Zielgruppe für die PH. So könne das Geschlechterverhältnis an den Berner Volksschulen wenigstens ein bisschen verbessert werden. Seit Jahren dominieren dort die Frauen, nicht zuletzt aufgrund der vielen Kleinstpensen.

Unterschiede zeigt die Studie schliesslich auch bei jenen 30 Prozent, die nach sieben bis zehn Jahren nicht mehr als Lehrer tätig sind. «Erstberufler gaben als Ausstiegsgrund häufig die Komplexität des Berufs an», sagt Bauer. Sie seien etwa davon überrascht worden, was neben dem Unterricht alles gemacht werden müsse. Quereinsteiger hingegen hätten dies nie als Grund für den Berufsausstieg angegeben, sondern beispielsweise die unregelmässigen Arbeitszeiten.

## **Redimensionierung gefordert**

Belastbarer, zufriedener und mit realistischeren Vorstellungen vom Berufsalltag: Die Befunde zu den Quereinsteigern könnten die alte Debatte um die Akademisierung des Lehrerberufs neu befeuern.

Seit die Ausbildung vor über zehn Jahren an die Hochschule verlegt wurde, wird grundsätzlich als Zulassung die Maturität verlangt. Deshalb steht bis heute der Vorwurf im Raum, dass die PH-Abgänger zwar theoretisch sehr viel wüssten, ihnen aber die Praxiserfahrung fehle. «Die Resultate zeigen, dass diese Kritik noch immer zutrifft», sagt FDP-Bildungspolitikerin und -Grossrätin Corinne Schmidhauser (Interlaken).

Dass Quereinsteiger belastungsresistenter und zufriedener sind, überrascht die Vizepräsidentin der Bildungscommission des Grossen Rates nicht. «Solche Lehrer waren sich wohl in ihrer vorherigen Tätigkeit höhere Belastungen gewohnt, zudem sind sie schlicht lebenserfahrener», sagt sie. Dies wirke sich positiv auf den Unterricht aus.

### **«PH sollte Handwerk vermitteln»**

Fairerweise müsse man aber auch sagen, dass solche Kompetenzen an der PH schlicht nicht vermittelt werden könnten. Deshalb stellt sich für Schmidhauser aber die Frage, was die Hochschule überhaupt anbieten müsse. «Die PH sollte sich auf die Vermittlung des Handwerks und des fachdidaktischen Könnens konzentrieren. Dafür braucht es nicht unzählige Kurse etwa für Sozial- und Selbstkompetenz.» Vielmehr müssten möglichst vielfältige Angebote für Quereinsteiger geschaffen werden.

Von einer Redimensionierung der Ausbildung will Studienleiterin Bauer nichts wissen. «Die Tatsache, dass 70 Prozent aller Absolventen nach sieben bis zehn Jahren noch immer als Lehrer tätig sind, zeigt in erster Linie, dass die Ausbildung gut ist und die Abgänger gut auf ihre Tätigkeit vorbereitet sind.»

Zwar sagt auch Bauer, dass «die Lehrer mit Vorberufserfahrung im Vergleich zu denjenigen im Erstberuf gewisse Vorteile mitbringen». Die Ausbildung sei dabei aber nur ein Puzzleteil. Deshalb soll in einer weiteren Studie geklärt werden, welche Komponenten die «berufliche Widerstandsfähigkeit» von Quereinsteigern tatsächlich erhöhen.

<http://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/Quereinsteiger-sind-die-zufriedeneren-Lehrer/story/29840157>

bz, 1.7.2016

## **Nach Urteil: Den Anwälten von Eltern werden Tür und Tor geöffnet**

von Bojan Stula

**Selbst aus Basel-Stadt kommt Kritik am Baselbieter Urteil im Fall Rüegg: Erziehungsdirektor Christoph Eymann befürchtet eine Schädigung der Schule, wenn die Autorität der Lehrerinnen und Lehrer weiter vermindert wird.**

Der Entscheid des Baselbieter Kantonsgerichts erschüttert die hiesige Bildungslandschaft. Zwar ging es im Fall von Martin Rüegg um einen umstrittenen Zeugniseintrag wegen unentschuldigter Absenzen. Doch die [vom Gericht abgewiesene Beschwerde des Liestaler Gymnasiallehrers und SP-Landrats gegen eine Weisung seiner eigenen Schulleitung](#) weckt eine grundlegende Befürchtung: Genügt es in Zukunft, wenn Eltern einen Anwalt beiziehen, oder sogar nur mit ihm drohen, um umstrittene Zeugnisnoten oder Promotionsentscheide umzustossen?

Für Michael Weiss, den Geschäftsführer des Baselbieter Lehrerinnen- und Lehrervereins (LVB), liegt die Antwort auf der Hand: «Es ist klar, dass sich Eltern durch dieses Urteil ermutigt fühlen werden, in Streitfällen mit den Schulen den juristischen Weg zu beschreiten.»

### ***Weg des geringsten Widerstands***

Diese Ermutigung könnte gleich in doppelter Hinsicht wirken: Einerseits haben die Kantonsrichter der Einspruchsmöglichkeit von Lehrern gegen Weisungen der eigenen Schulleitung eine Absage erteilt. Alleine das hält der Baselbieter SVP-Landrat Paul Wenger für ein «total falsches Signal»: «Wenn Schulleitungen einen Lehrerentscheid einfach übersteuern können, dann bleibt für die Lehrerschaft wirklich nicht mehr viel an Kompetenzen übrig.» Viel mehr sollten Schulleitungen ihren Lehrkräften den Rücken «gegen Angriffe von aussen» stärken, kritisiert der frühere Mathematiklehrer.

Andererseits geht nach dem Urteil in der Lehrerschaft die Befürchtung um, dass die Schulleitungen in Zukunft vermehrt den Weg des geringsten Widerstands gehen und vor Eltern-Interventionen einknicken werden. Welche Schulleitung könne es sich schon leisten, in unter Umständen gleich mehrere Rechtsstreitigkeiten mit Eltern verwickelt zu sein, fragt rhetorisch LVB-Geschäftsführer Michael Weiss und nennt ein konkretes Beispiel: An einer Primarschule im Bezirk Arlesheim hätten kürzlich Eltern Druck auf eine Primarlehrerin aufgesetzt, um für ihren Sprössling den Übertritt ins Niveau P der Sek I zu erwirken. Als sich diese an die Schulleitung wandte, erhielt sie die erhoffte Rückendeckung nicht. Im Gegenteil: Die Schulleitung empfahl ihr, dem Schüler die besseren Noten zu geben. Ganz nach dem Motto: «Soll sich doch die Sek I mit dem Problem herumärgern.» Weiss ist überzeugt: «Die Schulleitungen wissen jetzt: Wenn sie den Eltern nachgeben, dann herrscht Ruhe, schliesslich kann kein Lehrer mehr etwas gegen eine solche Weisung unternehmen.»

### ***Wortkarge Bildungsdirektion***

Die Befürchtung, dass jetzt den Interventionen von Eltern-Anwälten Tür und Tor geöffnet worden ist, wird von der Baselbieter Bildungsdirektion (BKSD) geradezu befeuert: «Wir nehmen den Entscheid des Kantonsgerichts zur Kenntnis. Das Einschalten eines Anwalts ist das Recht



aller Bürgerinnen und Bürger.» Das ist alles, was sich BKSD-Projektleiterin Veronika Lévesque am Tag danach entlocken lässt.

Da reagiert der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann wesentlich resoluter: «Ich habe Respekt vor Lehrpersonen, welche den beschwerlicheren Weg gehen und fadenscheinige Erklärungen von Schülerinnen hinterfragen. Solche Lehrpersonen muss man stützen. Es schadet der Schule und damit sehr direkt den Kindern, wenn die Autorität der Lehrerinnen und Lehrer weiter vermindert wird.» Wenn Eltern, wie zuletzt vermehrt beobachtet, mit Unterstützung von Anwälten versuchen, einzelne Noten ihrer Kinder zu verbessern, dann «entfernen wir uns vom Sollzustand einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen und Schülern sowie deren Eltern», urteilt der LDP-Regierungsrat. Gerade darum wurde laut Eymann in Basel «bereits vor längerer Zeit die Mitsprache der Eltern bei Übertritten in die nächste Schulstufe aufgehoben, um die Autorität der Lehrpersonen zu stärken».

Im Baselbiet plädiert LVB-Geschäftsführer Weiss dafür, dass mittels einer Änderung des Bildungsgesetzes die Einsprachemöglichkeit von Lehrern festgeschrieben wird; darum sei man schliesslich im Fall Rüegg vor Gericht gegangen. «Allerdings glaube ich nicht, dass dies momentan politisch eine Chance hat.» SVP-Bildungspolitiker Paul Wenger behält sich vor, mit ähnlicher Stossrichtung im Parlament vorstellig zu werden: «Politisch habe ich mit Martin Rüegg das Heu nicht auf derselben Bühne, aber in diesem Fall hatte er recht, vor Gericht zu gehen.»

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/nach-urteil-den-anwaelten-von-eltern-werden-tuer-und-tor-geoeffnet-130394932>

Südostschweiz, 01.07.2016

## Das Ende der Hände? - Fehlende Lernende

Leserbrief

Scharegg Viktor, Chur

Es fehlen Lernende in handwerklichen Berufen – auch in der Gebäudetechnikbranche. Die Ursachen hauptsächlich bei den Verbänden zu suchen ist jedoch zu einfach. suissetec investiert seit Jahren sehr viel Engagement und Geld in die Information und die Verbesserung des in Berufsimages. Die erwähnten Karriereleitern stehen auch in unserer Branche zur Verfügung. Im Artikel von vergangendem Mittwoch zur Thematik fehlt ein entscheidender Punkt. Es ist neben all den genannten Punkten auch entscheidend, was in der Volksschule passiert.

Leider spielt die Bildungspolitik der Entwicklung, dass handwerkliche Berufe je länger je weniger gefragt sind, in die Hände. In der Volksschule werden handwerkliche Fächer immer mehr an den Rand gedrängt. Die Schule verliert damit ihre wichtige Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen den Wert der Hände zu vermitteln. Natürlich braucht es auch mathematische Fähigkeiten, um ein technisches Handwerk mit Freude ausführen zu können. Dennoch frage ich mich immer wieder: wie sollen unsere Kinder in Zukunft überhaupt noch auf die Idee kommen, einen Beruf wie Spengler zu erlernen, wenn sie nie mit Metall experimentieren und so das Material kennenlernen konnten? Es ist erwiesen, dass beim Eintritt in die Oberstufe rund 70% der 12- bis 13-jährigen bereits entschieden haben, in welche Richtung ihre Berufswahl gehen wird; ob es eher technisch, kaufmännisch oder akademisch weitergehen soll. Die Abwertung der Hände beeinflusst diesen Entscheid – zu Ungunsten der technischen Berufe. Wir sind heute bereits so weit, dass wir als Berufsverband der Gebäudetechnik den Kindern selber Möglichkeiten bieten müssen, sich vor der Berufswahl technisch-tüftelnd auszuprobieren. Denn es ist nicht nur für unseren Berufsstand zentral, dass die Kinder eine echte Wahl haben, wenn es um die Berufswahl geht. Um auch in Zukunft all das zur Verfügung zu haben, was uns wichtig ist – wie zum Beispiel fliessendes Wasser in den Häusern, das nach Bedarf warm oder kalt ist – müssen die zukünftigen Sprösslinge nach ihren Talenten einen Beruf auswählen können. Ich beobachte immer häufiger, dass sich Kinder schon früh an den Wünschen und Vorstellungen der Eltern orientieren, vor allem wenn es um eine akademische Laufbahn geht. Kinder, die dem Druck schulisch nicht gewachsen sind, machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Das ist falsch. Kinder sollen unbeschwert aufwachsen und sich ihren Talenten entsprechend für einen Berufsweg entscheiden können.

Viktor Scharegg,

Inhaber/Geschäftsführer G. Brunner Haustechnik AG, Domat/Ems

Vizepräsident des Schweizerisch-Liechtensteinischen Gebäudetechnikverbandes

<http://www.suedostschweiz.ch/leserbriefe/2016-07-01/das-ende-der-haende-fehlende-lernende>



## Leserbrief zum Artikel in der „Schweiz am Sonntag“

### [„Primarschüler sollen programmieren lernen“](#)

Die „Causa Hildebrand“ noch gut im Gedächtnis, reibt man sich die Augen und staunt.

Was haben der ehemalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank, der weltweit grösste Vermögensverwalter BlackRock mit der Digitalisierung der Schweizer Primarschule und dem Lehrplan 21 zu tun? Ein Teil der Antwort darauf liegt schon ein paar Jahre zurück.

Als Al Gore 1995 als Vize Präsident der USA und mit grosser Unterstützung der Clinton Administration das weltweite! Programm „Schule ans Netz“ ausrief und der Welt dazu 5 Jahre Zeit einräumte, dachten seinerzeit viele, so etwas sei eigentlich nicht möglich, es klinge nach US amerikanischem Grössenwahn. Weit gefehlt: Bereits fünf Jahre später, nach dem ehemals noch unbekanntem Fahrplan sozusagen, empfahl der damalige Aargauische Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungsdepartements mit Assistenz der Telecom unter tatkräftiger Mithilfe der Jacobs-Stiftung, Zürich, dringend und mit grossem medialen Getöse allen Schulen im Kanton die Installierung eines kostenlosen Internetanschlusses. Andere Erziehungsdirektoren in anderen Kantonen folgten. Das digitale Zeitalter war, den ‚Erfordernissen der Wirtschaft‘ entsprechend, in der Schweiz angekommen. Natürlich hat heute jedes Schulkind mehr oder weniger umfangreiche Kenntnisse mit elektronischen Medien. Das ist gut so. Was allerdings bedenkenswert ist, ist der Umstand, dass eingangs erwähnter Al Gore als hochrangiger Berater bei Google fungiert und äusserst erfolgreich im Vorstand von Apple Geschäfte macht. Und hier liegt auch die Antwort auf die am Anfang gestellte Frage. Der Lehrplan 21, nach US amerikanischen Vorgaben über ihre europäische Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftsagentur OECD an die Schweiz individuell angepasst, mit viel Geld und Überzeugungsarbeit von Bertelsmann und Jacobs-Stiftung angeschoben, unter anderem in über acht Jahren im Geheimen an den (pädagogischen) Hochschulen des Landes und der EDK ausgebrütet, hat hier seinen Ursprung.

Auffallend in der Diskussion ist, dass heute aufgeklärte Mitbürger, vor allem die vom Lehrplan 21 betroffenen Lehrer, welche vehement und klar gegen die Übernahme der europäischen und insbesondere der Schweizer Wirtschaft durch US amerikanische Konzerne mittels TTIP votieren, beim Lehrplan 21 scheinbar resigniert die Hände in die Hosentaschen stecken.

Wolfgang van Biezen,

Schwarzenbach, den 26.06.2016